

Programm
der
Unabhängigen Liberalen Initiative –
Der Liberale Hochschulgruppe an der Universität Trier
(ULI-LHG)
Beschlossen am 01.11.2007 in Trier

Inhaltsverzeichnis

1. Verfasste Studierendenschaft.....	3
1.1 Studierendenparlament.....	3
1.1.1 Ausschüsse.....	3
1.1.2 Zuständigkeit für Personal.....	3
1.1.3 Ausgabenbewilligung.....	3
1.2 Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA).....	3
1.2.1 AStA-Sprecher (Koordinierendes Mitglied).....	4
1.2.2 Referat für Finanzen.....	4
1.2.3 Referat für Politische Bildung und Kommunales.....	4
1.2.4 Referat für Soziales.....	4
1.2.5 Referat für Hochschulpolitik.....	4
1.2.6 Referat für Kultur und Erstsemesterarbeit.....	5
1.3 fzs.....	5
2. Universität.....	5
2.1 Europa-Uni.....	5
2.2 Universitäre Gremien.....	5
2.3 Evaluation der Lehre.....	5
2.4 Service.....	6
2.4.1 Tunika.....	6
2.4.2 Elektronische Scheinausgabestelle.....	6
2.4.3 Vorschlags- und Beschwerdestelle.....	6
2.4.4 Damentoiletten.....	6
3. Studium.....	6
3.1 Veranstaltungszugang.....	6
3.2 Bibliothek.....	6
3.2.1 Öffnungszeiten.....	6
3.2.2 Bücherbestand.....	7
3.2.3 Elektronische Medien.....	7
3.2.4 PC-Plätze und Kopierer.....	7
3.3 BA/MA.....	7
4. Finanzen.....	7
4.1 Studienkonten/gebühren.....	8
4.2 Sponsoring.....	8
4.3 Zweitwohnsitzsteuer.....	8
4.4 Landeskinderregelung.....	8
5. Mobilität.....	8
5.1 Semesterticket.....	8
5.2 Parkplätze.....	9
5.3 ÖPNV-Angebot.....	9
6. Campus II.....	9
6.1 Fußweg zwischen Campus I und Campus II.....	9
6.2 Linie 4.....	9
6.3 Busanbindung.....	9
7. Ökologie.....	9
7.1 Energie sparen.....	9
7.2 Nutzung von Solarenergie.....	10
8. Sicherheit.....	10
8.1 Parkplatzbeleuchtung.....	10
8.2 Videoüberwachung.....	10

1. Verfasste Studierendenschaft

Wir setzen uns als liberale Hochschulgruppe an der Universität Trier für die Umsetzung freiheitlicher Ziele und Ideen auch innerhalb der Verfassten Studierendenschaft ein. Dies bedeutet für uns vor allem aktives Engagement für mehr Demokratie und mehr Transparenz sowie verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen und speziell studentischen Geldern.

1.1 Studierendenparlament

Wir möchten, dass das Studierendenparlament (StuPa) transparent, wirkungsvoll und effektiv arbeitet. Um dies zu erreichen, ist es aus unserer Sicht notwendig verschiedene Veränderungen an Struktur und Praxis des Parlaments vorzunehmen.

1.1.1 Ausschüsse

Das Ausschusssystem des StuPa muss durchdacht und neu konzipiert werden.

Wir sind der Meinung, dass es für jedes satzungsgemäße AStA-Referat einen eigenen StuPa-Ausschuss geben sollte. Dies würde die Parlamentarier besser in die AStA-Arbeit integrieren, sie stärker in die Verantwortung nehmen und dadurch die Kontrollfunktion des StuPa gegenüber dem AStA erhöhen. Darüber hinaus hätte der AStA den Vorteil durch die Ausschüsse ständig an das Meinungsbild des StuPa über die Arbeit in den Referaten rückgekoppelt zu sein. Nicht zuletzt könnten dadurch auch die entsprechenden Referenten und Co-Referenten entlastet werden, wenn der Ausschuss die Arbeit mitgestaltet. Zudem wäre ein Ausschuss für die Gesamtheit der autonomen Referate wünschenswert. Dieser Ausschuss soll hierbei als Schnittstelle zwischen den autonomen Referaten und dem StuPa dienen und zur Mithilfe zur Verfügung stehen.

1.1.2 Zuständigkeit für Personal

Das StuPa sollte bei Personaleinstellungen durch den AStA um seine Zustimmung gefragt werden.

1.1.3 Ausgabenbewilligung

Wir sind der Auffassung, dass der AStA alle Ausgaben, die über 500 € liegen, vom StuPa bewilligen lassen sollte um für die Parlamentarier eine höhere Transparenz zu erreichen.

1.2 Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Wir fordern eine drastische Reduzierung der Referate des AStA und damit verbunden die Konzentration des AStA auf seine Kernaufgaben. Dies würde eine Überdehnung des Personaltableaus des AStA bzw. der AStA-tragenden Hochschulgruppen verhindern und darüber hinaus zusätzliche studentische Geldmittel freimachen, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Wir sind der Auffassung, dass folgende Referate den Kernaufgaben des AStA gerecht werden würden: AStA-Sprecher, Referat für Finanzen, Referat für Politische Bildung und Kommunales, Referat für Soziales, Referat für Hochschulpolitik, Referat für Kultur und Erstsemesterarbeit. Weitere Referate erachten wir für nicht notwendig.

1.2.1 AStA-Sprecher (Koordinierendes Mitglied)

Wir fordern, dass das Koordinierende Mitglied des AStA, ähnlich wie Bürgermeister und Landräte, direkt gewählt wird. Dies würde den Studierenden mehr Mitspracherecht bei der konkreten Gestaltung des AStA geben und für mehr Transparenz sorgen. Die Wahl sollte mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen erfolgen.

1.2.2 Referat für Finanzen

Der/Die Referent/in für Finanzen sollte bestimmte Mindestanforderungen erfüllen, um sichergehen zu können, dass die Arbeit in einer derart verantwortungsvollen Position auch reibungslos und mit einer möglichst geringen Fehlerquote abläuft. Wir vertreten daher den Standpunkt, dass sich der/die Referent/in für Finanzen mindestens im Hauptstudium eines wirtschaftswissenschaftlichen Faches, welches er im Hauptfach studiert befinden sollte.

Wir sind der Meinung, dass die Aufwandsentschädigung für den/die Finanzreferenten/in aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes und der hohen Verantwortung deutlich über denen der anderen Referate liegen sollte.

1.2.3 Referat für Politische Bildung und Kommunales

Das Referat für Politische Bildung sollte seine bisherige Ausrichtung ausweiten und im gesamten Bereich Antiextremismus tätig werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass extremistischen Gruppierungen jeglicher Art Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung sein sollten.

Weiterhin sollte das Referat für Politische Bildung auch als Schnittstelle des AStA zu kommunalen Organisationen, Gruppen, Initiativen, Parteien, usw. fungieren.

1.2.4 Referat für Soziales

Wir sehen das Sozialreferat als eines der Referate mit dem wichtigsten Aufgabenbereich an. Denn nur ein funktionierendes Sozialreferat kann dafür sorgen, dass Studierenden, die in irgendeiner Form unverschuldet sozial benachteiligt sind, geholfen wird.

Um die Wohnsituation zu Semesterbeginn zu entspannen, schlagen wir eine Kooperation des Sozialreferats mit örtlichen Jugendherbergen oder ähnlichen Einrichtungen vor. Der AStA könnte eine bestimmte Anzahl von Betten für die ersten Semesterwochen vorfinanzieren und diese dann kurzfristig an neue Studierende vergeben um diesen einen reibungslosen Einstieg ins Studium zu ermöglichen.

1.2.5 Referat für Hochschulpolitik

Das Referat für Hochschulpolitik sollte noch stärker als bisher als Schnittstelle des AStA mit den universitären und studentischen Organisationen, wie beispielsweise Fachschaften, handeln.

Das Referat für Hochschulpolitik sollte die Delegierten zum freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs) bei ihrer Arbeit unterstützen und dem StuPa gegenüber unaufgefordert sowohl vor, als auch nach fzs-Mitgliederversammlungen in der nächstgelegenen StuPa-Sitzung Rechenschaft abzulegen.

Das Kulturreferat sollte pro Legislaturperiode einen gewissen Betrag zur Förderung von Veranstaltungen der politischen Hochschulgruppen bereitstellen. Dies würde zur Förderung

der politischen Kultur an der Universität beitragen und den Studierenden die Chance geben sich über die Veranstaltungen aller politischen Kräfte an der Universität zu informieren.

1.2.6 Referat für Kultur und Erstsemesterarbeit

Die Arbeit des Kulturreferates sollte wesentlich ideologiefreier und unpolitischer als bisher angelegt sein. Veranstaltungen, die politische Themenbereiche umfassen sollten so konzipiert sein, dass bei kontroversen Themen möglichst alle Meinungen durch Referenten vertreten sind.

Wir sind der Meinung, dass die Aufgaben des Kulturreferats auf den Bereich der Erstsemesterarbeit ausgeweitet werden sollten.

1.3 fzs

Die Delegierten zur fzs-Mitgliederversammlung müssen durch das StuPa gewählt werden, um eine höchstmögliche Legitimationsgrundlage zu gewährleisten. Solange dies nicht in der Praxis Umsetzung findet lehnen wir eine Mitgliedschaft der Studierendenschaft der Universität Trier im fzs ab.

2. Universität

2.1 Europa-Uni

Wir glauben, dass sich unsere Universität entsprechend ihrer Lage im Herzen Europas und in unmittelbarer Nähe zu mehreren anderen EU-Staaten, deutlich europäisieren sollte. Dies könnte unter anderem durch eine stärkere Orientierung des Lehrveranstaltungen an der europäischen Integration und sowohl durch eine Aufstockung des bisherigen Sprachkursangebots, als auch durch eine Ausdehnung desselben auf weitere Sprachen erreicht werden. Dies könnte unter anderem durch die, in Folge der Umsetzung unserer Vorschläge, freierwerdenden Mittel unterstützt werden.

Weiterhin sollte der Universitätsname in „Saar-Lor-Lux-Universität Trier“ geändert werden, um die Einbettung der Universität Trier in die Hochschullandschaft der Großregion hervorzuheben.

2.2 Universitäre Gremien

Die ULI-LHG vertritt die Auffassung, dass die studentischen Mitglieder in den universitären Gremien mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten sollten. Die Studierenden befinden sich im Senat, den Fachbereichsräten und den Kommissionen in der Minderheit. Wir fordern, dass dieser Zustand geändert wird! Wir sind der Meinung, dass eine paritätische Besetzung der Gremien durch Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende erstrebenswert ist. Die Freiheit der Lehre wäre in diesem Fall aus unserer Sicht nicht betroffen.

2.3 Evaluation der Lehre

Die Evaluation der Lehre durch die Studierenden muss seitens der Universität möglichst umfassend durchgeführt werden. Dabei muss unbedingt auf die Wahrung der Anonymität der

teilnehmenden Studierenden geachtet werden. Auch weitere Bedenken, die den Datenschutz betreffen, müssen dringend ausgeräumt werden. Die Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse so durchzuführen, dass diese für alle Studierenden einsehbar sind, ist unerlässlich, da eine Evaluation für die Studierenden sonst keinen Sinn machen würde.

2.4 Service

2.4.1 Tunika

Die ULI-LHG setzt sich für den Erhalt der Tunika ein. Die Tunika ist eine sinnvolle Maßnahme, da sie den Studierende sowohl als Ausweis, als auch als Servicekarte dient.

2.4.2 Elektronische Scheinausgabestelle

Es sollte technisch eingerichtet werden, dass an den Service-Points neben den Immatrikulationsbescheinigungen etc. auch Leistungsnachweise ausgedruckt werden können. Dies würde zu einer Entbürokratisierung und deutlichen Vereinfachung der Scheinausgabe führen. Außerdem würden Sekretariate, Dozenten und Verwaltung deutlich entlastet.

2.4.3 Vorschlags- und Beschwerdestelle

Die ULI-LHG setzt sich für eine zentrale Stelle an der Uni ein, an der Anregungen und Beschwerden der Studenten entgegengenommen werden. Dadurch haben die Studierende eine Anlaufstelle und die Universität kann Missstände rechtzeitig erkennen und diesen entgegenwirken. Die eingegangenen Beschwerden sind der Verfassten Studierendenschaft zugänglich zu machen.

2.4.4 Damentoiletten

Im A/B-Gebäude gibt es einen deutlichen Missstand. Es gibt im Erdgeschoss 3 Herren-, aber nur 2 Damentoiletten. Dieser Zustand ist besonders deshalb bedenklich, weil in den Veranstaltungspausen die Studentinnen an den beiden Damentoiletten anstehen müssen.

3. Studium

3.1 Veranstaltungszugang

Wir setzen uns dafür ein, dass allen eingeschriebenen Studierenden seitens der Universität ein ausreichendes Angebot der fachbezogenen Pflichtlehrveranstaltungen garantiert wird, um einen qualifizierenden Abschluss im Rahmen der Regelstudienzeit zu gewährleisten.

3.2 Bibliothek

3.2.1 Öffnungszeiten

Wir fordern eine deutliche Verlängerung der Öffnungszeiten der Universitätsbibliothek, um den Studierenden eine umfangreiche Nutzung zu ermöglichen. Ziel dabei sollte die 24 Stunden Öffnung sein. Besondere Bedeutung kommt dieser Maßnahme angesichts der

Veränderung der Studienbedingungen im Rahmen der Bachelor/Master-Reform zu. Zur Finanzierung dieser Angebotserweiterung sollten die Einnahmen aus den Säumnisgebühren vollständig verwendet werden, statt diese wie bisher im Gießkannenprinzip über die Fachbereiche zu verteilen.

3.2.2 Bücherbestand

Der Bücherbestand muss in vielen Fächern deutlich erhöht und auf den aktuellsten Stand gebracht werden. Dies könnte unter anderem auch durch zusätzliches Sponsoring erleichtert werden.

3.2.3 Elektronische Medien

Wir fordern, dass die Nutzungsmöglichkeiten für e-learning und elektronische Publikationen für die Studierenden stark verbessert und auch zukünftig zeitgemäß weiter ausgebaut werden. Die Nutzung elektronischer Medien erleichtert den Studierenden die Arbeit, entspannt die Situation in der Bibliothek während der Stoßzeiten und verhindert weiterhin auch starken Verschleiß einiger Werke.

3.2.4 PC-Plätze und Kopierer

Wir setzen uns für die drastische Erhöhung der PC-Arbeitsplätze und der Kopierer in der Bibliothek ein. In den Stoßzeiten ist es für Studierende oft ein schwieriges Unterfangen einen PC-Arbeitsplatz oder einen freien Kopierer zu finden. Dies führt dazu, dass Studierende mit ihrer Arbeit nicht vorankommen und muss daher dringend geändert werden.

3.3 BA/MA

Wir sind der Meinung, dass die Einführung der neuen Bachelor/Master-Studiengänge von studentischer Seite weiterhin kritisch mitgestaltet werden sollte.

In diesem Semester stellen zunächst die Studiengänge der Fachbereiche IV und VI auf das neue System um. Die anderen Fachbereiche werden (mit Ausnahme der Juristen) ein Jahr später umstellen.

Der Wechsel aus den alten in die neuen Studiengänge muss jedem selbst überlassen werden. Das größte Problem ist unserer Auffassung nach momentan, dass für ein Jahr keine Fächerkombination aus den Fachbereichen I-III und IV/VI studiert werden kann, bis die anderen Fachbereiche mit der Umstellung nachgezogen haben.

Allgemein sollte an einer möglichst universellen Studierbarkeit und Kombinierbarkeit der neuen Studiengänge gearbeitet werden.

Eine wichtige Aufgabe von StuPa und AStA wird zukünftig die Umstellung auf die neuen Bedürfnisse der Studierenden sein, denn sowohl inhaltlich, als auch personell wird die Reform die Hochschulpolitik vor neue Herausforderungen stellen.

3.4 NC

Von der Einführung von NCs sollte abgesehen werden, stattdessen wäre es sinnvoller in Studiengängen, die chronisch überbelegt sind das Lehrangebot auszuweiten.

4. Finanzen

4.1 Studienkonten/gebühren

Wir befürworten das Studienkontenmodell als sinnvolle Maßnahme zur Erhöhung der Effizienz des Studiums und Verkürzung der Studienzeiten. Auch im Hinblick auf Ausbildungsgerechtigkeit ist das Studienkontenmodell durchweg positiv zu bewerten, denn auch bei Lehrberufen steht nicht unendlich viel Zeit für die Ausbildung zur Verfügung.

Allgemeine Studiengebühren als „Strafsteuer“ für Studierende lehnen wir jedoch als antiliberaler Maßnahme ab. Die Studierenden von heute sind die Steuerzahler von morgen und bringen auf diese Art dem Staat später durch meist höhere Einkommen als z.B. Nicht-Akademiker auch deutlich höhere Einnahmen. Bevor man von Seiten des Staates also den Studierenden in die Tasche greift sollte zunächst ein effizienteres, einfacheres, gerechteres und vor allem schlupflochfreies Steuersystem eingeführt werden. Zudem besteht die begründete Befürchtung, dass durch Studiengebühren die Kosten auf die Studierenden abgewälzt werden.

4.2 Sponsoring

An anderen Universitäten hat sich bereits seit längerer Zeit ein umfangreiches Sponsoringsystem bewährt. Private Unternehmen stellen hierbei Finanzmittel zur Verfügung und erhalten im Gegenzug die Möglichkeit für sich zu werben. Auch an der Universität Trier sollte ein derartiges Sponsoring ermöglicht werden.

4.3 Zweitwohnsitzsteuer

Wir lehnen, genau wie alle anderen liberalen Organisationen in Trier die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer ab. Wir sind der Meinung, dass eine Zweitwohnsitzsteuer in einer Universitätsstadt vollkommen unangebracht ist, da diese zuerst die Studierenden, die möglicherweise aus steuerlichen oder anderen Gründen noch zu Hause gemeldet sind, trifft und den Universitätsstandort Trier daher unattraktiv macht.

4.4 Landeskinderregelung

Die Landeskinderregelung lehnen wir vehement ab. Wir sind der Meinung, dass die Landeskinderregelung für Ungleichheit unter den Studierenden sorgt. Studierende aus Rheinland-Pfalz könnten somit kostenlos studieren, während alle anderen Studiengebühren bezahlen müssten. Wir müssen uns darauf konzentrieren, unserem Standort als Universität im Herzen Europas gerecht zu werden und dürfen daher keine durch die Landeskinderregelung ausgelöste verstärkte „Kleinstaaterei“ fördern.

5. Mobilität

5.1 Semesterticket

Wir sind der Meinung, dass die derzeitige Entwicklung in Bezug auf das Semesterticket von studentischer Seite nicht hinnehmbar ist. Eine Preissteigerung bei fallendem Leistungsumfang kann und darf nicht weiterhin akzeptiert werden.

Wir stehen für ein abgestuftes Semesterticket, das den Studierenden mehr Entscheidungsfreiheit und mehr Kontrolle über die eigenen finanziellen Mittel lässt. Unser

Konzept sieht ein Sockelticket vor, dessen Leistungen die freie Nutzung des Busverkehrs in Trier erlaubt und das wie bisher von allen Studierenden zusammen mit dem Semesterbeitrag verbucht wird. Darüber hinaus gehende Leistungen werden in einem oder mehreren zusätzlichen Tickets enthalten sein, die jedoch auf freiwilliger Basis erworben werden können. Dies erlaubt den Studierenden eine individuelle Zusammenstellung des Semestertickets, je nach Bedarf.

5.2 Parkplätze

Vor allem für Studierende, die nicht unmittelbar in Trier wohnen, ist das Auto oft die einzige Möglichkeit zur Uni zu gelangen. Deshalb fordern wir, weitere Flächen zum Parken freizugeben, damit jeder einen Parkplatz bekommt. Die Tatsache, dass Bedarf besteht, zeigt sich vor allem daran, dass an der Uni bereits regelmäßig Strafzettel verteilt werden.

5.3 ÖPNV-Angebot

Viele Busse, welche die Uni anfahren sind in den Hauptzeiten hoffnungslos überfüllt und nicht in der Lage alle Studierenden zur gewünschten Zeit an die Uni zu bringen. Wir fordern daher eine Takterhöhung der Buslinien, die hauptsächlich von Studierenden genutzt werden, um zur Uni zu gelangen.

6. Campus II

6.1 Fußweg zwischen Campus I und Campus II

Nach dem erfolgten Ausbau des Weges zwischen Campus I und Campus II bleibt nur noch die Forderung, dass die bereits vorhandenen Beleuchtungsanlagen nun endlich auch vollständig genutzt werden, um auch bei Dunkelheit den Weg sicher nutzen zu können.

6.2 Linie 4

Wir setzen uns für die Erhöhung der Taktung der Linie 4 ein, um den Studierenden, die an beiden Teilen der Universität Lehrveranstaltungen besuchen einen reibungslosen Arbeitsablauf zu gewährleisten.

6.3 Busanbindung

Wir fordern, dass der Campus II direkt an die Linie 3 angebunden wird. Studierende, die Lehrveranstaltungen am Campus II besuchen, aber in der Innenstadt wohnen, sollten die Möglichkeit haben direkt von ihrem Wohnort zu ihrem Studienort fahren zu können.

7. Ökologie

Ökologische Aspekte sollten an unserer Universität zunehmend an Bedeutung gewinnen. Wir tragen als Bildungs- und Forschungseinrichtung eine Verantwortung als ein wichtiges Vorbild für die Gesellschaft und müssen uns dieser stellen.

7.1 Energie sparen

Die Einsparung von Energie ist nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht eine wichtige Aufgabe. Die Energiekosten könnten zum Beispiel durch die Installation von infrarot-gesteuerten Bewegungsmeldern in wenig genutzten Bereichen der Universität, insbesondere der Bibliothek, gesenkt werden.

7.2 Nutzung von Solarenergie

Auf den Dächern der Universitätsgebäude sollte noch stärker als bisher auf die Anwendung von Solaranlagen zurückgegriffen werden. Die verstärkte Nutzung von Solarenergie könnte die Energiekosten in Zukunft senken und so zu Einsparungen führen, die in die Lehre fließen könnten.

8. Sicherheit

8.1 Parkplatzbeleuchtung

Die Parkplätze der Universität müssen dringend besser beleuchtet werden. Die bisherige Situation ist vor dem Hintergrund zunehmender krimineller Aktivitäten auf dem Parkplatzgelände nicht mehr hinnehmbar. Zunächst sollten die bereits vorhandenen Beleuchtungsanlagen in den Abend- und Nachtstunden umfassend genutzt werden. Es kann nicht sein, dass Laternen da sind, diese aber nicht eingeschaltet werden. Im Anschluss ist über die Installation weiterer Anlagen nachzudenken.

8.2 Videoüberwachung

Die Einführung und fortschreitende Installation von Videoüberwachungsanlagen an unserer Universität lehnen wir ab. Nicht nur, dass die Studierenden somit unter den Generalverdacht gestellt werden unrechtmäßige Handlungen zu begehen, denn schließlich zeichnet eine Überwachungskamera auch unbeteiligte Personen auf, sondern auch die vielen nicht zu klärenden Datenschutzfragen lassen keine andere Möglichkeit, als die der Ablehnung zu.